

Deutschlands Erfolg zu Zeiten der Eurokrise: Auf Kosten der anderen oder besser als der Rest?



Tim Stuchtey · Chase Gummer

Nummer 7 · Januar 2012

Ausgangslage

Unter Wirtschaftswissenschaftlern und Kommentatoren wird der richtige Weg aus der Schuldenkrise der USA und der Eurokrise in Europa vehement diskutiert. Die Auseinandersetzung über den richtigen Ausweg teilt sich grob in zwei Lager: Auf der einen Seite die Keynesianer, die mit Hilfe staatlicher Konjunkturprogramme das Wirtschaftswachstum ankurbeln und aus den Staatsschulden herauswachsen wollen. Auf der anderen Seite stehen die gelegentlich als schwäbische Hausfrauen verspotteten Unterstützer von Sparprogrammen und einem strikten Austeritätsskurs. Am pointiertesten wurde der Streit von Russ Roberts und John Papula in einem auf Youtube zu großer Popularität gekommenen Video zugespitzt, in dem J. M. Keynes und F. A. von Hayek in einem Rap-Song die beiden Grundpositionen darstellen.¹ Nachfolgend wollen wir zeigen, dass man wohl noch eine dritte Figur in diesen Streit einführen muss, wenn man die gerade in der Eurokrise ungemein wichtige Position Deutschlands verstehen will. Diese wird wahlweise durch Walter Eucken oder Ludwig Erhard repräsentiert. Ohne ein Verständnis des Ordoliberalismus – das intellektuelle Fundament der sozialen Marktwirtschaft – ist Deutschlands Handeln in der gegenwärtigen Krise schwer zu verstehen.

Diese Veröffentlichung wurde im Rahmen des von der Bundesregierung finanzierten ERP-Programms ermöglicht und bildet den Abschluss des gemeinsam mit dem American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) an der Johns Hopkins University und dem BIGS durchgeführten Projekts „The End of the Years of Plenty“.

Einführung

Die Schulden- und Eurokrise hat in den vergangenen Monaten den Fokus wieder zurück auf die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone gelenkt. Deutschland spielt bei der finanziellen Überwindung der Eurokrise ebenso eine wesentliche Rolle, wie beim Abbau der innereuropäischen Ungleichgewichte. Beide Punkte sind eng miteinander verbunden, auch wenn dies in Deutschland gerne ignoriert wird. Die Größe der deutschen Volkswirtschaft, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und letztlich die daraus resultierende Finanzkraft sind wesentlicher Bestandteil einer Lösung der gegenwärtigen Schulden- und Währungs Krise. Entsprechend engagiert ist die Bundesregierung, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu finden und mit den europäischen

Partnerstaaten zu verhandeln. Mit der Übernahme der politischen Führungsrolle Deutschlands innerhalb der EU ist aber auch erhebliche internationale Kritik verbunden. Einerseits wird argumentiert, dass Deutschland zu wenig führe oder dass die beschlossenen Maßnahmen zu sehr an deutschen Interessen ausgerichtet seien. Andererseits argumentieren Kritiker, die Bundesregierung versuche mit ihrer Politik nur die inländische öffentliche Meinung zu besänftigen, was letztlich zu halbherzigen Maßnahmen führe, die die Krise nur noch verlängere, ja sogar verschlimmere. Kein anderes europäisches Land habe mehr von der Einführung der gemeinsamen Währung Euro profitiert als Deutschland. Wenn es aber hart auf hart komme, weigere sich Deutschland, für die Schulden der Defizitstaaten einzuspringen. Mit einer solchen Schuldenübernahme würde aber nicht nur die laxe Finanzpolitik dieser Staaten belohnt, sondern vielmehr das eigene ökonomische Interesse Deutschlands als Exportnation verfolgt.

Jene, die das agieren der Bundesregierung in der Eurokrise verteidigen, argumentieren, dass es institutionelle, rechtliche und eben auch wirtschaftliche Grenzen für Deutschland gibt, die Eurozone am Leben zu erhalten, ohne dabei selbst ökonomisch unter die Räder zu kommen. Deutschlands heutige wirtschaftliche Stärke basiere auf einem Jahrzehnt der Entbehungen, mit fortwährender Lohnzurückhaltung, unpopulären Arbeitsmarktreformen und einer strengen Fiskalpolitik. Demnach ist der Leistungs- und Handelsbilanzüberschuss Deutschlands nicht das Resultat einer zielgerichteten Politik, sondern vielmehr das Kuppelprodukt einer schmerzhaften Modernisierung der deutschen Volkswirtschaft. Während Deutschland der Eurozone mit einem eher unvorteilhaften Wechselkurs beitrug – gefolgt von einer „verlorenen Dekade“, in der es als der „kranke Mann Europas“ angesehen wurde – profitierten andere Eurostaaten von

Die Wurzeln des Ordoliberalismus

Schon vor der Reichsgründung im Jahr 1871 teilten die Staaten des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation die Vorstellung eines wohlgeordneten Staates. Dessen Aufgabe ist es, seine Untertanen vor äußeren Angriffen zu schützen und einen institutionellen Rahmen für die Entwicklung von Handwerk und Handel zu bieten. Die deutschen Universitäten waren die intellektuelle Heimat des Merkantilismus, einer Politik, die es zum Ziel hatte, den Staatsschatz zu erhöhen, um für schlechte Zeiten ausreichend gewappnet zu sein.² In den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts schaffte das vereinigte Deutschland unter Otto von Bismarck eine Stärkung des gemeinsamen Marktes unter den Prinzipien des Schutzes von Eigentumsrechten, von Transparenz und einem funktionsfähigen Rechtssystem, ebenso wie einer gemeinsamen, auf Gold basierenden, Währung. Am Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert schien der Aufstieg Deutschlands unaufhaltsam.³

Der Erste Weltkrieg zerstörte einen Großteil des deut-

den für sie dramatisch gesunkenen Zinssätzen für ihre Staatsschulden nach der Einführung des Euros. Die geringen Zinsen führten dort zu einer Ausweitung kreditfinanzierter Staatsausgaben und zu einem Bau- und Immobilienboom. Die Befürworter der deutschen Position argumentieren weiter, dass ohne signifikanten politischen Druck zur Durchsetzung struktureller Reformen in den südlichen Eurostaaten Deutschland seine eigene wirtschaftliche Stabilität für ausschließlich vage Versprechungen opfern würde, deren Umsetzung fraglich bliebe. So befürchteten viele Deutsche, dass die seit dem Zweiten Weltkrieg erarbeitete Wohlfahrt ihres Landes auf dem Spiel stehe, wenn die Stabilität der europäischen Währung durch mangelnde staatliche Haushaltsdisziplin gefährdet würde. Statt sich durch Inflation der Schuldenkrise zu entledigen, fordern deutsche Politiker daher, dass ihre wirtschaftlichen Prinzipien von den anderen Mitgliedern der Eurozone übernommen werden und man sich nicht nur auf die deutschen Rettungsfonds verlässt.

Damit bleibt vorerst offen, ob Deutschland überproportional von der Euroeinführung profitiert und sich auf Kosten seiner südeuropäischen Nachbarn saniert hat, oder ob es Deutschland mithilfe von kaufmännischen Tugenden gelungen ist, die eigene Wettbewerbsfähigkeit relativ zu den Peripheriestaaten und dem Rest der Welt zu verbessern. Die gegenwärtige Euroschwäche verschlechtere dann Deutschlands „Terms of Trade“ und käme entsprechend dieser Argumentation gar einem Wohlfahrtsverlust gleich. Um diese gegensätzlichen Interpretationen der Eurokrise und der Rolle Deutschlands verstehen und bewerten zu können, muss man allerdings den historischen Kontext deutscher Wirtschaftspolitik und seiner Wirtschaftsverfassungen verstehen, auf deren Grundlage viele deutsche Politiker ihre Entscheidung treffen.

Wohlstandes und das Land versank in eine Periode der Krisen. Die Zwanzigerjahre brachten die Hyperinflation und eine äußerst ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung, verbunden mit entsprechenden sozialen Spannungen.⁴ Als die Nationalsozialisten in den dreißiger Jahren an die Macht kamen, intervenierte das neue Regime erheblich in die deutsche Wirtschaft. Ziel war es, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und unterwürfigen Industriellen Aufträge zuzuschauen. Die Nationalsozialisten schafften Oligopole, betrieben Nepotismus und machten häufig Gebrauch von Preiskontrollen. Ein wesentliches Ziel der Wirtschaftspolitik war es, Deutschland autark zu machen und damit den Krieg vorzubereiten. Diese Maßnahmen erzeugten gleichzeitig aber auch eine verdeckte Inflation.⁵

Viele der Architekten der Nachkriegsordnung wurden in dieser Periode geprägt, als die Gesetze des freien Marktes und der Rechtsstaatlichkeit durch eine nationalsozialistisch gelenkte Wirtschaft ersetzt wurden. An der Universität Freiburg kam eine Gruppe von Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern zusammen

und diskutierte jene Themen, die bereits zu Zeiten der Weimarer Republik den intellektuellen Diskurs dominierten: Mit welchen Regeln kann man die soziale Ordnung aufrechterhalten und zugleich eine prosperierende und freie Gesellschaft ermöglichen? Der Ordoliberalismus betont die ökonomischen Rahmenbedingungen innerhalb derer Individuen, Unternehmen und Staaten miteinander interagieren. Hierbei soll die individuelle Freiheit und Markteffizienz geachtet und gleichzeitig ein Schutz vor Marktmacht und staatlichen Eingriffen zu Gunsten kleiner Interessengruppen geschaffen werden.⁶

Als Mitglied der Freiburger Schule hatte Ludwig Erhard wohl den größten Einfluss auf die wirtschaftliche Reintegration Deutschlands in die westliche Wirtschaftswelt in den späten vierziger Jahren. Durch die von ihm initiierte Aufhebung der Preiskontrollen und Güterrationalisierung in den westlichen Besatzungszonen konnte der Markt wieder seine allokativen Wirkung entfalten. Die Einführung der Deutschen Mark, verbunden mit einer am Wachstum orientierten Geldpolitik, beendete die lang anhaltende Inflation der Kriegszeit. Als Wirtschaftsminister etablierte Erhard die Prinzipien des Ordoliberalismus in der deutschen Wirtschaftsordnung und schuf damit die soziale Marktwirtschaft, die auch heute noch als Synonym für das folgende Wirtschaftswunder steht. Viele Deutsche sehen die soziale Marktwirtschaft und die Prinzipien der Ordnungspolitik auch weiterhin als Grundstein für den andauernden Wohlstand Deutschlands.

Die deutsche Ordnungspolitik basiert auf sieben fundamentalen Prinzipien die in Walter Euckens Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ 1952 veröffentlicht wurden.⁷

1. **Funktionierender Preismechanismus:** Dieses Grundprinzip verlangt von Politikern, alles zu unterlassen, was das Verhältnis der relativen Preise verzerrt, wie zum Beispiel Subventionen, Zölle, nicht-tarifäre Handelshemmnisse oder Monopole.
2. **Primat der Währungspolitik:** Konsumenten und Produzenten benötigen Preisstabilität, um eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu erhalten. Insbesondere in Deutschland, wo die Angst vor einer Hyperinflation noch heute fest in den Köpfen der Menschen verankert ist.
3. **Offene Märkte:** Sie verhindern Marktmacht, indem sie potenziellen Konkurrenten den Markteintritt ermöglichen, und sind somit eine Grundbedingung für einen funktionsfähigen Wettbewerb.
4. **Privateigentum:** Eine klare Zuordnung von Eigentumsrechten und der sich aus Eigentum ergebenden Anreize (Gewinne) sind unabdingbar für individuelle Freiheit und funktionsfähige Märkte.
5. **Vertragsfreiheit:** Sie ermöglicht es, dass sich Menschen frei entscheiden können, mit wem sie eine Vertragsbeziehung eingehen. Auch schützt sie vor den Konsequenzen von Marktmacht und damit ist Vertragsfreiheit eine weitere Kompo-

nente funktionierender Märkte.

6. **Haftungsprinzip:** Nur Akteure, die für ihr Tun haftbar gemacht werden können, handeln verantwortlich.
7. **Konstanz der Wirtschaftspolitik:** Wirtschaftspolitisches Handeln soll für den Einzelnen vorhersehbar und kalkulierbar sein.



Erhard an der Wallstreet © Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

In den Ordoliberalismus wurden eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Erfahrungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts integriert. Zwar hat die inflationäre Politik der frühen Weimarer Republik erfolgreich Deutschlands Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg reduziert, doch zu einem hohen Preis: Die Hyperinflation von 1923 zerstörte den sozialen Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft und wird von vielen für das Aufkommen des Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht.

Neue Institutionen wie die Bundesbank und das Kartellamt sorgten im Nachkriegsdeutschland für eine stabile Geldpolitik und eine Aufrechterhaltung des Wettbewerbs. Das noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Sozialversicherungssystem half, Einkommensunterschiede, die bei einer dynamischen Marktwirtschaft entstehen, auszugleichen. Es war Erhard, der diese Ordnung als eine *soziale Marktwirtschaft* bezeichnete und damit der Sache den Namen gab, der noch heute jede wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland dominiert. Ordoliberalismus bedeutete in vielerlei Hinsicht die Rückkehr Deutschlands zu einer offenen Marktwirtschaft, die dem Freihandel verpflichtet ist und nur begrenzt staatliche Interventionen in den Markt zulässt.

DIE GEGENWÄRTIGE
EUROSCHWÄCHE VER-
SCHLECHTERE DEUTSCH-
LANDS „TERMS OF TRADE“.

Von der Rezession zur Wiedervereinigung: Deutschlands Flirt mit dem Keynesianismus

Während der Ordoliberalismus zur geistigen Basis der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wurde, geriet zumindest das Prinzip der konstanten Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts in der realen Wirtschaftspolitik fortwährend unter politischen Druck. Ludwig Erhard hielt das von ihm eingeführte Wirtschaftssystem gegenüber dem zu dieser Zeit populären Neo-Keynesianismus für überlegen. Letzterer setzte auf antizyklische Fiskalpolitik, um während eines konjunkturellen Abschwungs die Nachfrage zu stimulieren. Der SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller näherte sich mit dem Stabilitätsgesetz von 1967 der keynesianischen Sichtweise bezüglich der staatlichen Möglichkeiten, die Wirtschaft zu stimulieren. Hierbei sollten die steigenden Steuereinnahmen in prosperierenden Zeiten die steigenden Sozialausgaben während eines Abschwungs kompensieren und Raum für verstärkte Staatsausgaben schaffen. Der Glaube an die staatlichen Möglichkeiten, die Wirtschaft durch antizyklische Maßnahmen von Konjunkturzyklen befreien zu können, hielt bis in die Siebzigerjahre an, selbst als der inflationäre Druck in Deutschland zu steigen begann. Bundeskanzler Helmut Schmidt bemerkte damals, dass die Deutschen besser mit 5 % Inflation als mit 5 % Arbeitslosigkeit leben könnten. Letztlich aber bekamen sie beides und mit der sozial-liberalen Koalition von 1982 eine neue Bundesregierung unter der Führung von Helmut Kohl. Diese versuchte verstärkt zu den Prinzipien des Ordoliberalismus der fünfziger und sechziger Jahre zurück-

zukehren, indem man sich auf eine Reduzierung des Staatsdefizits, ein niedrigerhalten der Inflation und ein stetiges Wachstum fokussierte.

Deutschlands Rückkehr zu seinen wirtschaftspolitischen Wurzeln wurde 1989 durch den Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung beendet. Statt auf das Ende des Kommunismus mit Budgetkürzung zu reagieren – wie dies in den Vereinigten Staaten der Fall war – sah sich das wiedervereinigte Deutschland mit einer einzigarti-

gen politischen und wirtschaftlichen Situation konfrontiert, die zu einer signifikanten Erhöhung des staatlichen Haushaltsdefizits führte. Mit dem schuldenfinanzierten Wiederaufbau der Neuen Länder sollte eine möglichst zügige Konvergenz Ostdeutschlands mit dem Westen erreicht werden. Trotz der erheblichen defizitfinanzierten Ausgaben kam es jedoch zu keinem selbsttragenden Aufschwung. Der Bauboom in den neuen Ländern wurde von Preissteigerungen, steigenden Zinssätzen und 1992 von einer Rezession abgelöst. Sowohl die Erfahrungen der siebziger Jahre als auch die des Aufbaus Ost haben dazu geführt, dass deutsche Politiker in weiten Teilen eine keynesianische, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik skeptisch betrachten.⁸

Auch hatten die hohen deutschen Haushaltsdefizite in der Folge der Wiedervereinigung erhebliche europaweite Implikationen. Durch den hohen Kapitalbedarf und die inländische Nachfrage im Zuge des Aufbaus Ost sowie die damit verbundenen vergleichsweise hohen deutschen Zinssätze exportierte Deutschland die inflationären Konsequenzen aus der Wiedervereinigung an seine europäischen Nachbarn. Hierdurch kam es zu erheblichen Verwerfungen innerhalb des damaligen europäischen Währungssystems. Nachdem Bundeskanzler Kohl auf dem Weg zur Einheit zustimmte, die nationale Kontrolle über die Geldpolitik zu Gunsten des Euros zu opfern, wäre Deutschland beinahe selbst an den Maastrichter Beitrittskriterien im Jahre 1991 gescheitert. Letztlich konnte Deutschland erst 2007 erstmalig wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorweisen, der dann allerdings 2008 im Zuge der großen Rezession wieder in die roten Zahlen abrutschte.

Für viele deutsche Politiker, insbesondere aus dem liberal-konservativen Lager, ist daher die Lehre aus den siebziger Jahren und dem Aufbau Ost, dass schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme nicht zu nachhaltigem Wachstum führen. Stattdessen verschlechtern sie die fiskale Situation des Landes, erzeugen inflationären Druck und führen zu steigenden Zinsen. Selbst wenn Sozialdemokraten einer keynesianischen Politik eher zuneigen, so distanzieren sich Politiker wie Peer Steinbrück 2008 doch von dem „krassen Keynesianismus“ der Amerikaner und Briten.⁹ Statt auf kurzfristige Maßnahmen durch Konjunkturprogramme und eine expansive Geldpolitik zu setzen, glauben deutsche Ordoliberale, dass ein Staat besser damit fahre, stetige Investitionen in die öffentliche Infrastruktur vorzunehmen, Preisstabilität für langfristiges Wachstum zu bewahren und wettbewerbsunfähige Unternehmen untergehen zu lassen, so dass deren Mitarbeiter von produktiveren Sektoren einer Volkswirtschaft absorbiert werden können. Die zwischenzeitlichen Friktionen müssen durch einen wohlgeordneten Sozialstaat abgemildert werden.



Demonstrationen während die griechische Regierung Sparmaßnahmen verhandelt © iStockphoto

Gegenseitige Schuldzuweisungen bei Leistungsbilanzungleichgewichten: Bleibt die Krise ungenutzt?

Aus Sicht des deutschen Ordoliberalismus riskieren die USA langfristig ihren Wohlstand, indem die Produktionslücke, die der schuldenfinanzierte Konsum verursacht, mithilfe fiskalischer Konjunkturprogramme und einer Abwertung des Dollars geschlossen werden soll. Damit wird die Frage nach einer langfristigen Lösung der globalen makroökonomischen Ungleichgewichte hinausgeschoben. Stattdessen wird immer mehr frisch gedrucktes Geld in die globale Wirtschaft gespritzt, um den Konsum weiter anzukurbeln. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat dies mit einem Alkoholiker verglichen, den man mit einem weiteren Schnaps von seiner Sucht zu befreien versucht. Statt eines „weiter so wie bisher“ sollten die Amerikaner sich darauf konzentrieren, in ihre öffentliche Infrastruktur zu investieren, mit Reformen ihre langfristige Produktivität, insbesondere im produzierenden Gewerbe, zu erhöhen und die Staatsfinanzen auf eine solidere Basis zu stellen. Langfristig gewinnen die USA auch nicht über Abwertungen und einen Währungskrieg mit China an Wohlstand. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten darauf gerichtet sein, das langfristige Wachstum zu erhöhen und nicht den Anpassungsprozess zu verhindern. Aus Sicht der Ordoliberalen ist für die USA eine Periode der Anpassung unvermeidlich, in der die inländische Nachfrage und Produktion wieder in ein Gleichgewicht zurückkehren.

Gleichzeitig soll die USA helfen, einen möglichst globalen regulatorischen Rahmen für die Finanzmärkte zu schaffen, der die Stabilität fördert und systemische Risiken vermeidet. Anders als vom ehemaligen Stabschef im Weißen Haus, Rahm Emanuel, propagiert, glauben die Ordoliberalen, dass die USA die gegenwärtige Krise nicht hinreichend nutzen, um eine nachhaltige Verbesserung in ihrer Wirtschaftsverfassung durchzusetzen.

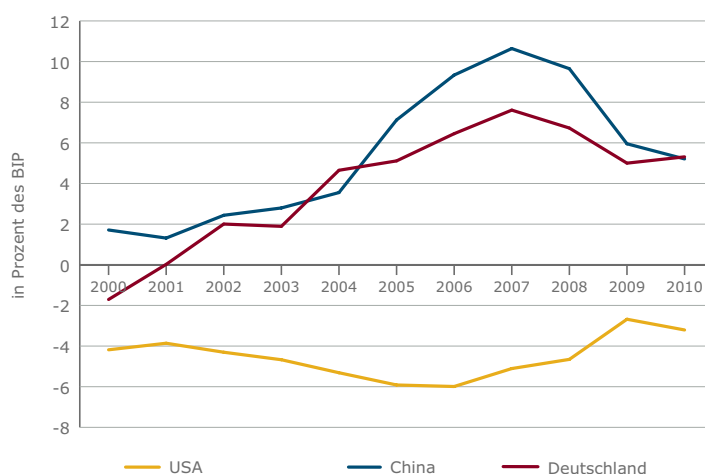
Während sich die Deutschen auf ihre ordoliberalen Gründungsväter der Nachkriegszeit besinnen und damit aus ihrer Sicht versuchen, auf den Pfad langfristiger Stabilität zurückzukehren, halten viele Kommentatoren – insbesondere aus dem angloamerikanischen Raum – diesen Weg für falsch. Einen guten Indikator hierfür kann man in der Liste der „Top 100 Global Thinkers“ des Magazins *Foreign Policy* finden. Diese einflussreichen Personen wurden gefragt, ob sie in der gegenwärtigen Situation eher weitere Konjunkturprogramme oder alternativ Konsolidierungsmaßnahmen für die globale Wirtschaft befürworten. Eine große Mehrheit favorisiert den erstgenannten Weg.¹⁰ Aus ihrer Sicht schaffen die Deutschen mit ihren Maßnahmen keine Stabilität, sondern kehren zu einer anderen alten Tradition zurück: dem Merkantilismus.

Ein Blick auf Deutschlands Handelsbilanz der letzten zehn Jahre zeigt einen anwachsenden Exportüberschuss, der in seiner absoluten Höhe nur noch von China übertrumpft wird. Zusammen sind China und Deutschland die weltweit größten Exporteure von

Industriegütern und haben einen erheblichen Überschuss an Ersparnissen im Verhältnis zu den inländischen Investitionen. Und genau wie Chinas Handelsüberschuss durch das entsprechende amerikanische Defizit fast ausgeglichen wird, wird Deutschlands Überschuss im innereuropäischen Handel mit den Handelsbilanzdefiziten im Süden der Eurozone ausgeglichen. Drei Schlussfolgerungen, die mit den Leistungsbilanzungleichgewichten verbunden sind, lassen sich daraus ableiten:

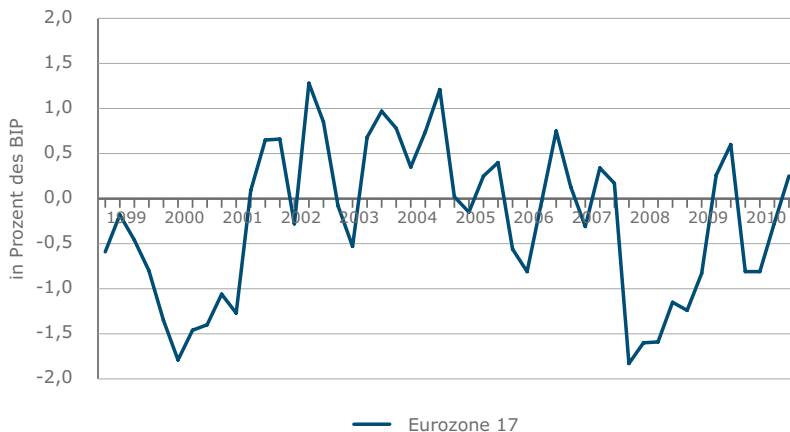
1. Die Welt kann in Summe nicht mehr konsumieren, als sie produziert. Die Überschüsse des einen Landes müssen also mit Defiziten eines anderen einhergehen.
2. Die Leistungsbilanz der Eurozone mit dem Rest der Welt ist nahezu ausgeglichen. Das heißt, der erhebliche deutsche Handelsbilanzüberschuss wird mit Defiziten anderer Euro-Mitgliedsstaaten ausgeglichen. Die Staatsschuldenkrise ist damit zumindest teilweise auch durch diese strukturellen Ungleichgewichte zu erklären.
3. Da Deutschland mehr exportiert als es importiert, müssen Defizitstaaten ihr Handelsbilanzdefizit durch entsprechende Kapitalimporte aus den Überschussländern finanzieren. Die steigenden Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone haben dazu geführt, dass die Defizitstaaten sich soweit verschuldet haben, dass sie nunmehr kaum weiteres Kapital von den Finanzmärkten erhalten.

Abbildung 1: Leistungsbilanzsaldo der USA, Chinas und Deutschland in Prozent des BIP



Quelle: Internationaler Währungsfonds: *World Economic Outlook*, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2011/01/weodata/download.aspx> (Zugriff: 19.05.2011)

Abbildung 2: Leistungsbilanz der Eurozone



Quartalsdaten, Quelle: Europäische Zentralbank: Statistical Data Warehouse, http://sdw.ecb.europa.eu/quickview.do?SERIES_KEY=DD.Q.I6.BP_CU.PGDP.4F_N& (Zugriff: 19.05.2011)

Gleichzeitig müssen deutsche und andere Gläubiger ihre Forderung gegenüber den Peripheriestaaten der Eurozone abschreiben, wenn letztere kein zusätzliches Kapital mehr auf dem Markt erhalten. Mit der Abschreibung der Forderungen wird das Eigenkapital der Gläubiger belastet, die dann selbst nicht mehr in der Lage sind, weitere Kredite zu vergeben. Es kommt zur sogenannten Kreditklemme. Trotz dieser Zusammenhänge herrscht in Deutschland weitgehend der Glaube vor, dass dieses nichts mit den eigenen Leistungsbilanzüberschüssen zu tun habe. Politiker aller wesentlichen Parteien preisen in ihren Reden weiterhin die Exportstärke der deutschen Wirtschaft als Zeichen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit an und lassen unterschwellig in ihren Reden mitschwingen, dass Importe schlecht für die Volkswirtschaft seien. Exporte werden als gut für das Land angesehen, weil dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden, Importe gefährden Arbeitsplätze in der Heimat. Diese Sichtweise auf die Exportstärke ist so sehr Teil der deutschen Identität geworden, dass selbst in der nationalen Bildungsdebatte der Fremdspracherwerb als Maßnahme zur Beibehaltung der deutschen Exportstärke verkauft wird.¹¹

Neben den oben beschriebenen Effekten auf den internationalen Handel und die Finanzmärkte, haben die makroökonomischen Ungleichgewichte auch verteilungspolitische Folgen. Es ist verwunderlich, dass diese in der öffentlichen Debatte gar nicht thematisiert werden. Die Verteilungseffekte seien am Beispiel Deutschlands vereinfacht erläutert:

Das deutsche Exportwachstum lässt das verarbeitende Gewerbe überproportional anwachsen. Die Eigentümer der Exportunternehmen profitieren durch steigende Gewinne und ihre Angestellten durch überproportional steigende Löhne in den exportorientierten Branchen. Um den Export der deutschen Industrie zu finanzieren, müssen die importierenden Nationen über ihre Banken Geld aus dem Ausland leihen. Als Konsequenz häuft Deutschland kontinuierlich Kapitalforderung gegenüber den Defizitstaaten auf. Diese Kapitalforderungen liegen aber eben nicht in den Bilanzen der deutschen Exporteure, sondern bei deren Banken, die diese wiederum mit den Nettoersparnissen der deutschen Privathaushalte finanzieren. Bleibt die Richtung der Waren- und Kapitalströme

konstant, hat Deutschland also dauerhaft einen Leistungsbilanzüberschuss. Eines Tages wird das Defizitland überschuldet und nicht mehr in der Lage sein, seine Schulden zu bedienen. Die deutschen Banken, in deren Bilanzen die Forderungen gegenüber dem überschuldeten Ausland liegen, müssen einen wesentlichen Teil hiervon abschreiben. Das dadurch zusammenschrumpfende Eigenkapital der Banken könnte dann eine Bankenrettung notwendig machen, weil viele Finanzhäuser eine solche Belastung ihres Eigenkapitals ansonsten nicht überleben würden. Die Bankenrettung wiederum muss letztlich von den heutigen oder zukünftigen Steuerzahlern finanziert werden. Kurzum, es kommt zu einer Umverteilung vom Steuerzahler hin zur Exportindustrie, ihren Eigentümern und Angestellten. Es ist erstaunlich, dass selbst die politische Linke diesen Effekt nicht thematisiert.

So wurde die mangelnde Nachhaltigkeit der griechischen Staatsschulden Ende 2009 so offensichtlich, dass auch die Ratingagenturen diese Tatsache nicht mehr ignorieren konnten. Die Marktteilnehmer sahen letztlich ein, dass selbst die härtesten Sparmaßnahmen Griechenlands Kreditwürdigkeit nicht mehr retten können. Mit dieser Einsicht fingen nun auch die Staatsschulden anderer Staaten an, wackelig auszusehen. An manchen Tagen scheinen die Finanzmärkte selbst an der Kreditwürdigkeit der soliden und solventen Staaten wie Luxemburg, Österreich, Niederlande oder Deutschland zu zweifeln. Aus dieser Sicht ist die ökonomische Stärke Deutschlands der letzten Jahre nicht eine stabilisierende Kraft, sondern vielmehr ein Teil der strukturellen Ungleichgewichte, die diese Krise verursacht haben und vorwärts treiben.

Von daher kann man Verständnis dafür aufbringen, wenn im Ausland an der Haltung Deutschlands und der anderer nordeuropäischer Länder gezweifelt wird. So haben die Banken der Überschussländer gerne die Anleihen der Schuldenstaaten gekauft, als diese noch als vermeintlich risikofreie Anlagen galten, für welche keine Eigenkapitaldeckung notwendig war (und ist). Wenn heute Überschussstaaten über die laxen Haushaltsdisziplin der „Club-Med-Staaten“ herziehen, dann wird dieser Umstand gerne vergessen. Zumindest sollte Deutschland davon ablassen, vollständig die Schuld an der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage bei den Schuldenstaaten des Südens zu

suchen. Aber es scheint, als sei es für Deutsche einfacher, ausländischen Politikern und Steuersündern die Schuld zu geben, als eine Mitschuld im eigenen Lande zu suchen. Genauso wie in den Peripheriestaaten die Schuld für die notwendigen Sparmaßnahmen und das damit verbundene gesellschaftliche Leid bevorzugt bei den „hässlichen Deutschen“ abgeladen wird. Die öffentliche Meinung wird gegenwärtig eher von diesen politischen Schuldzuweisungen geprägt, als von der nüchternen Analyse und der Suche langfristiger tragender Lösungen.

Bis heute hat es kaum Bemühungen gegeben, die bestehenden Ungleichgewichte abzubauen. Ohne die Möglichkeit der Defizitstaaten ihre Währung im Verhältnis zu den Überschussstaaten abzuwerten, bleiben innerhalb einer ökonomisch heterogenen Währungsunion nur drei Anpassungswege, durch die Defizitstaaten zu einem stabilen Gleichgewicht zurückkehren können:

- Das Verhältnis aus Lohnwachstum und Produktivitätswachstum der langsam wachsenden Region muss hinter dem der stark wachsenden Region zurückbleiben, bzw. die Lohndifferenz ist durch entsprechende Reallohnkürzungen wiederherzustellen.
- Die erwerbsfähigen Menschen, die in ihrer Heimat keine Beschäftigung mehr finden, müssen in die stärker wachsenden Regionen auswandern.
- Die schneller wachsenden Regionen müssen dauerhaft durch Finanztransfers jene unterstützen, die wirtschaftlich nicht mehr ausreichend wettbewerbsfähig sind.

Wenn keines dieser Anpassungsmechanismen oder eine Kombination aus ihnen zur Anwendung kommt, wird entweder die schneller wachsende oder die langsamer wachsende Region die Währungsunion freiwillig oder krisenbedingt verlassen.

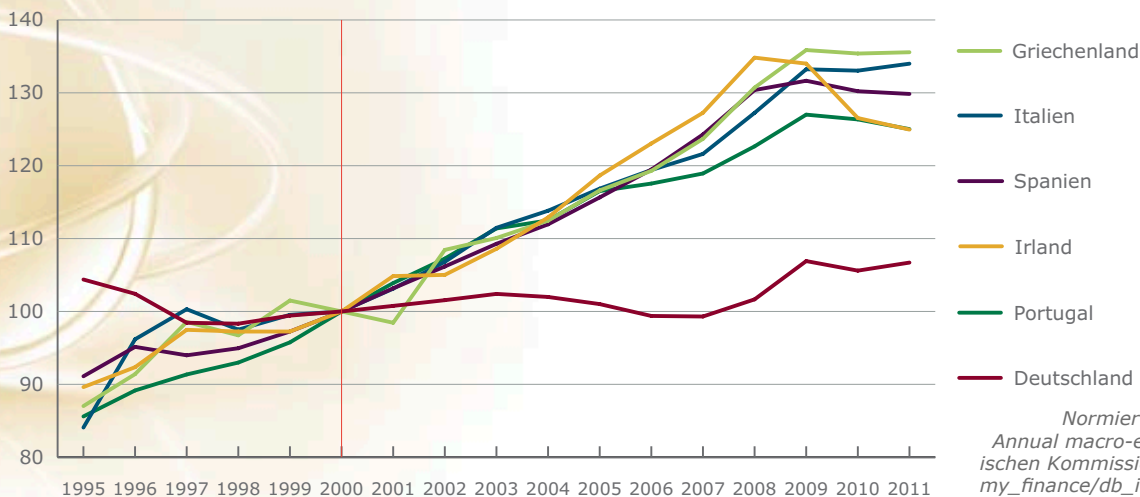
Seit dem Beginn der europäischen Währungsunion haben die wachstumsschwachen Regionen bezüglich des Lohnwachstums mit den Regionen mit stärkerem Produktivitätswachstum mitgehalten. Ihre Wettbewerbsfähigkeit hat sich damit kontinuierlich

verschlechtert (vgl. Abbildung 3). Obwohl es Anzeichen für eine stärkere Migration aus Europas Süden in Richtung der Wachstumskerne im Norden gibt, wirken kulturelle Unterschiede und die Sprachbarrieren als große Migrationshürden. Das heißt, es ist unwahrscheinlich, dass die Anpassung der Ungleichgewichte über den Migrationsprozess alleine erfolgen kann. Zuletzt ist es unrealistisch anzunehmen, dass die Nordeuropäer dauerhafte finanzielle Solidarität mit dem Süden zeigen, wenn schon die Norditaliener unwillig sind, ihre eigenen Landsleute im Süden zu unterstützen.

Nimmt man Deutschland als Beispiel, so stellt man fest, dass der Südwesten des Landes im Verhältnis zum Norden und Osten ein höheres Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum aufweist. Die Löhne in der Privatwirtschaft steigen im Südwesten etwas stärker an als im Rest des Landes. Nach der Wiedervereinigung wanderte eine hohe Zahl von Ostdeutschen im erwerbsfähigen Alter in den Westen ab. Und schließlich werden durch den Länderfinanzausgleich von den reichen Bundesländern Hamburg, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg alljährlich Milliarden in die schwächeren Regionen des Nordens und Ostens transferiert.¹² Weil also alle drei Anpassungsmechanismen zu einem Ausgleich der heterogenen Wirtschaftsentwicklung zwischen den Regionen Deutschlands führen, kann Deutschland mit seinen 16 heterogenen Bundesländern dauerhaft als Währungsunion fortbestehen. Ähnlich verhält es sich mit den USA, deren 50 Bundesstaaten auch eine erhebliche ökonomische Heterogenität aufzeigen. Kann man nun annehmen, dass die Eurozone sich in die gleiche Richtung entwickeln wird?

Es gibt Anzeichen dafür, dass deutsche Politiker, wenn ausreichende reale Lohnkürzungen in den Schuldenstaaten nicht durchsetzbar sind, wohl am ehesten eine Anpassung über die innereuropäische Migration und nur begrenzte Transferzahlungen zur Milderung der Anpassungslasten bevorzugen. So hat die Bundeskanzlerin bei ihrem Besuch in Madrid im Februar 2011 gut ausgebildete Spanier aufgerufen, nach Deutschland zu kommen und hier zu arbeiten.¹³

Abbildung 3: Index der Lohnstückkosten



Normiert (2000=100); Quelle: AMECO-Annual macro-economic Database der Europäischen Kommission, http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm (Zugriff: 16.05.2011)

Die Eurokrise und die europäische Integration

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschlands Elite in der europäischen Einigung den besten Weg gesehen, Deutschland wieder fest in der Staatengemeinschaft und dem Westen zu verankern. Die Zustimmung zur Einführung einer gemeinsamen Währung nach der Wiedervereinigung 1990 war das bislang letzte Kapitel in dem Prozess, Deutschlands politischen und ökonomischen Rahmen fest mit dem Europas zu verbinden. Ob dieser Prozess mit der Eurokrise beendet oder gar umgekehrt wurde, wird man wohl erst in ein paar Jahren wirklich feststellen können. Trotz des europäischen Integrationsprozesses der vergangenen 20 Jahre, ist es auf dem Kontinent zu einer Machtverschiebung zu Gunsten Deutschlands gekommen. Die stärkere Vernetzung der Weltwirtschaft hat Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit nach Überwindung der mit der Wiedervereinigung bedingten Schwierigkeiten nur noch verstärkt, wohingegen die Schwächen der europäischen Peripheriestaaten in den letzten Jahren immer offensichtlicher wurden. Doch politisch setzt Deutschland seine Macht auch weiterhin nur zurückhaltend ein, was nicht nur historisch begründet ist, sondern auch am Streben nach Ausgleich und Konsens liegen könnte. Ungewollt steht Deutschland also nun als regionaler Hegemon da, ohne dessen Macht und Einfluss eine Lösung der Euro- und Schuldenkrise undenkbar ist.

Ein Hegemon erfährt selten Sympathie, aber seine Führung ist oft notwendig, um eine haltbare politische Lösung vorzubringen. Deutschland bewegt sich auf diesem Terrain äußerst vorsichtig, schon weil es sowohl dafür kritisiert wird zu viel als auch zu wenig Druck und Macht in den Verhandlungen für eine Euro-Lösung einzusetzen. Im November 2011 hielt der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski eine Rede in Berlin, in der er anstatt seine Furcht vor Deutschlands Machteinfluss zu äußern, seiner Sorge vor der

Inaktivität Deutschlands Ausdruck verlieh.¹⁴ Doch setzt sich Deutschland allzu aktiv bei der Lösungssuche ein, so beschwerten sich Politiker anderer Mitgliedsstaaten über die vermeintliche Germanisierung Europas. So haben sich die Franzosen lange über die stoische und unflexible deutsche Geldpolitik beschwert. Gleichzeitig hatten sie aber kein Problem damit, sich an Deutschlands gegenwärtiger ökonomischer Stärke anzulehnen, um die Zinssätze für ihre Staatsschulden seit der Einführung des Euros niedrig zu halten. Mit dem Anstieg des französischen Staatsdefizit hat Nicolas Sarkozy seine Landsleute kürzlich ermahnt, mehr wie die Deutschen zu werden. In gewisser Weise ist es ironisch, dass Deutsche, die während der Präsidentschaft von George W. Bush noch einen gewissen Antiamerikanismus pflegten, nun selbst feststellen müssen, welche Bürde es ist, das größte und mächtigste Land in der Region zu sein. Innerhalb Europas rückt Deutschland langsam in eine Position, die global der der USA ähnelt: Eine herausragende politische und ökonomische Macht, deren Handlungen von den anderen Staaten auf das Genaueste beobachtet werden.

Deutschland war lange Zeit dem europäischen Integrationsprozess ganz besonders verbunden. Aber die gegenwärtige Krise und die mit der Eurorettung verbundene finanzielle Bürde, könnten einen Preis fordern, der größer ist, als der eines Rettungspakets. Kurzfristig zeigt sich, dass entsprechend der Vorhersagen, die die Autoren in einer früheren Veröffentlichung getroffen haben, der Anpassungsprozess einen politischen Preis haben wird, dessen Höhe in politischer Instabilität, vorgezogenen Wahlen, ja selbst gesellschaftlichem Aufruhr gemessen wird.¹⁵ In den folgenden Staaten der EU hat es in Verbindung mit der Eurokrise einen Regierungswechsel gegeben:

Staat	Anlass	Jahr
Slowenien	Reguläre Neuwahlen	Dez. 2011
Italien	Technokratische Regierung nach öffentlichen Unruhen	Nov. 2011
Griechenland	Technokratische Regierung nach öffentlichen Unruhen	Nov. 2011
Spanien	Vorgezogene Wahlen	Nov. 2011
Slowakei	Regierung verlor Vertrauensvotum als sie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) im Parlament legitimieren wollte	Okt. 2011
Zypern	Regierung trat zurück nach Austeritätsmaßnahmen	Aug. 2011
Finnland	Reguläre Neuwahlen, die euroskeptische Partei vervierfachte ihr Wahlergebnis	Apr. 2011
Irland	Vorgezogene Neuwahlen	Feb. 2011
Portugal	Reguläre Neuwahlen, Regierungswechsel aufgrund von unpopulären Sparmaßnahmen	Juni 2011
Niederlande	Reguläre Neuwahlen, konservative Minderheitenregierung wird von euroskeptischer Partei geduldet	Juni 2010

Die langfristigen Auswirkungen der Eurokrise könnten allerdings einen noch größeren Einfluss auf die europäische Geschichte haben. Seit dem Fall der Berliner Mauer hat sich der europäische Integrationsprozess mit der Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten weiter beschleunigt. Bundeskanzler Helmut Kohl willigte einst auf Druck des französischen Präsidenten Francois Mitterrand der Einführung einer gemeinsamen Währung ein, lange bevor die wirtschaftliche Konvergenz der Eurostaaten dies erlaubt hätte. Die Hoffnung dabei war, dass die Macht des Faktischen zu einer beschleunigten ökonomischen Integration der Euro-Mitgliedsstaaten führen würde. Dieses Vorgehen verfolgt nun Europa und es scheint, als hätten Kohl und Mitterrand möglicherweise damit das Gegenteil dessen erreicht, was sie ursprünglich anstrebten: gegenwärtig ist selbst eine Umkehrung vergangener Integrationserfolge vorstellbar. Die Wei-

Auswirkungen auf die Sicherheit und das transatlantische Bündnis

Zumindest der Austritt einzelner Mitgliedsstaaten aus der europäischen Währungsunion ist zu einer realen Möglichkeit geworden und hätte Auswirkungen auf die innere und äußere Sicherheit Europas sowie darüber hinaus. Wie der polnische Außenminister Sikorski in seiner bereits zitierten Rede für sein Land bereits feststellte, besteht die größte Bedrohung der polnischen Sicherheit in einem Zusammenbruch der Eurozone. Diese Aussage spiegelt sich auch in einer Umfrage von Foreign Policy unter den „Top 100 Global Thinkers“ wider, in der diese die Befürchtung äußern, das zusammen mit dem Konflikt im Nahen Osten der ökonomische Niedergang die größte Bedrohung für den Weltfrieden ist.¹⁶

Die Eurokrise hat Sicherheitseffekte, die sich auch auf das transatlantische Verhältnis auswirken. Europas Regierungen haben ihre Verteidigungsausgaben seit dem Ausbruch der Krise zum Teil erheblich gekürzt. Dies gilt selbst für das wirtschaftlich solide Deutschland. Durch die Verteidigungskürzungen wird Europa zukünftig noch weniger in der Lage sein, den USA beizustehen, wenn es darum geht, die Bürde für die Sicherung der globalen oder zumindest regionalen Sicherheit zu tragen. Da auch die USA unter einer schwelenden Schuldenkrise leiden, wurden dort bereits Kürzungen in Höhe von 450 Mrd. US-Dollar für die kommenden zehn Jahre beschlossen und weitere sind zu erwarten.¹⁷ Zusammengenommen bedeuten die Entwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks, dass der Westen in Zukunft wohl deutlich weniger bereit sein wird, seine Macht zum Schutze der internationalen Sicherheit und seiner eigenen Interessen einzusetzen. Und wenn es stimmt, dass weitere EU-Integrationsschritte in den kommenden Jahre gesellschaftlich wenig Unterstützung finden, so wird eine stärkere Integration der europäischen Armeen und der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik kaum Wirklichkeit werden.

gerung Großbritanniens bei der angestrebten Fiskalunion mitzumachen, und auch den anderen EU-Staaten die Nutzung der EU-Institutionen hierfür zu verbieten, mag ein deutlicher Indikator für diese Aussage sein.

Die gegenwärtige Krise hat dazu geführt, dass Europas Öffentlichkeit gegenüber einem weiteren Transfer politischer Macht in Richtung EU immer skeptischer gegenübersteht. Eine Fiskalunion in der Staatsschulden durch Eurobonds vergemeinschaftet werden und ein Teil der EU dauerhaft für den Überkonsum des anderen bezahlt, ist in den Nettozahler-Staaten nicht durchsetzbar. Daher ist es nicht schwer vorherzusehen, dass der Enthusiasmus der europäischen Bevölkerung in Richtung einer weiteren europäischen Integration in der näheren Zukunft deutlich nachlassen dürfte.

DER WESTEN WIRD IN ZUKUNFT DEUTLICH WENIGER BEREIT SEIN, SEINE MACHT ZUM SCHUTZ DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT EINZUSETZEN.

Für jene, die Hoffnung haben, dass die Türkei doch noch Mitglied der EU werden könnte, eröffnet die Krise möglicherweise neuen Gestaltungsspielraum. Die Eurokrise wird wohl dazu führen, dass ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zur politischen Realität wird. In diesem Fall gibt es eigentlich keinen Grund mehr, aus dem die Türkei nicht auch Teil der äußeren EU werden kann. Allerdings muss man auch zugestehen, dass es eine wachsende Zahl von Gründen gibt, aus denen die Türkei eher auf die privilegierte Partnerschaft als auf eine politische Integration in die EU setzen könnte.

Was aber wohl die größte Herausforderung für die transatlantischen Beziehungen bleibt, ist die unterschiedliche Erklärung für den Ausgang der Finanz- und Schuldenkrise. Entsprechend kommen Deutschland und die USA auch zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen, was der Staat unternehmen kann und sollte, um diese Krise zu überwinden. Natürlich spielt dabei eine große Rolle, dass beide Volkswirtschaften sich in einer fundamental unterschiedlichen Lage befinden. Deutschland ist ein Land mit chronischen Leistungsbilanzüberschüssen, die Nettokreditaufnahme des Bundes liegt gegenwärtig bei einem Prozent des BIP und die Erwerbstätigkeit ist auf einem Rekordniveau.¹⁸ In der Tradition des ehrbaren Kaufmanns werden Haushaltsdefizite und eine übermäßige

expansive Geldpolitik in Deutschland als gefährlich und nicht nachhaltig angesehen. Aus einem natürlichen Eigeninteresse heraus wollen die Deutschen vermeiden, dass die in den letzten Jahren aufgebaute Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die privaten Ersparnisse durch Inflation und Transfers in Richtung Südeuropa aufgefressen werden.

In den USA ist die Situation hingegen fast spiegelbildlich. Die Arbeitslosigkeit liegt immer noch bei fast 9 % und dies in einem Land mit einem schwachen sozialen Netz und einer öffentlichen Verschuldung in einer Höhe von nahezu der jährlichen Gesamtproduktion der Volkswirtschaft, die zudem noch zu einem großen Teil von China finanziert wird. Die USA sind aber nicht nur hoch verschuldet, sondern sie haben zugleich die Kontrolle über die weltweite Reservewährung – dem US-Dollar. Aus ihrer Sicht ergibt eine Monetarisierung ihrer Schulden durchaus Sinn. Eine Geldentwertung über Inflation trifft hauptsächlich die Gläubiger und diese sind im Falle der USA zum großen Teil Ausländer.

KOMMT ES ZUM VOLLSTÄNDIGEN BAILOUT, WIRD DIESER PROZESS FÜR DIE HILFESUCHENDEN STAATEN MIT HARTEN BEDINGUNGEN VERKÜPFT SEIN.

Aus Sicht der USA verfolgt Deutschland nur seine eigenen Interessen als Überschussnation, anstatt eine übergeordnete Verantwortung wahrzunehmen. Und so wird argumentiert, dass die deutsche Sicht, europäische Rettungspakete mit Sparauflagen und Haushaltskonsolidierung zu verbinden, die Nachfrage und damit das Wachstum in der Eurozone vermindert. Dabei sei doch gerade Deutschland auf die Nachfrage aus dem Ausland für das eigene Wachstum angewiesen. Die fortwährende hohe Unsicherheit, die über der gesamten Eurozone schwebt, während sich Deutschland unnachgiebig in seiner Haltung zeigt, wird die Gefahr einer weltweiten Ansteckung nur erhöhen, ebenso wie den Preis einer Rettung der Peripheriestaaten. Würden entweder die wirtschaftlich soliden Staaten wie Deutschland die Eurozone verlassen oder stattdessen die schwächeren Staaten des Südens, so würde dies nicht nur zu einem Chaos auf den Kapitalmärkten führen, sondern auch zu einer erheblichen Aufwertung der neuen deutschen Währung, was wiederum den Exporten einen erheblichen Dämpfer geben würde. Letztlich, so diese Sichtweise, schade

Deutschland mit seiner Haltung nur sich selbst.

Aus Sicht eines Ordoliberalen kann man hingegen argumentieren, dass Deutschland von einer kleineren aber wirtschaftlich stärkeren Eurozone mit einer relativ zum US-Dollar aufgewerteten Währung profitieren würde. Eine solche Aufwertung würde helfen, den deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu verringern, indem Importe billiger und Exporte teurer werden. Die deutsche Konjunktur würde zwar zurückgehen, aber beim gegenwärtig hohen Beschäftigungsstand muss dies kein Drama sein. Die gegenwärtige Inflationsrate von fast 3 % ist ebenfalls auf einem Niveau, bei denen vielen Deutschen bereits unbehaglich wird. Insgesamt würde einer Aufwertung zu einer Verbesserung des realen Austauschverhältnisses (terms of trade) führen und damit die Wohlfahrt der Deutschen durch niedrigere Importpreise und einer Stimulierung der inländischen Nachfrage für ausländische Produkte erhöhen. Gleichzeitig würden die schwächeren Volkswirtschaften Europas durch eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit von einer Abwertung ihrer Währung profitieren.

Deutschland wird also aus guten Gründen auch weiter bei der Bekämpfung der Eurokrise berechenbar handeln. Während Schulden- und Eurokrise die Finanzmärkte in der ganzen Welt erschüttern, läuft die deutsche Wirtschaft wie ein Fußballländerspiel. Kommt es zum vollständigen Bailout Griechenlands oder gar weiterer Eurostaaten oder zu einer Fiskalunion, dann wird dieser Prozess überlegt, regelgebunden und für die hilfeschuchenden Staaten mit harten Bedingungen verknüpft sein. Alles andere wäre der deutschen Öffentlichkeit nicht vermittelbar.

Krisen waren schon immer der Treiber der europäischen Integration. Es scheint aber, als habe die aktuelle Währungs- und Schuldenkrise zu einem Rollentausch geführt. In den Monaten der Wiedervereinigung war es besonders der französische Staatspräsident Mitterand, der Bundeskanzler Kohl zur zügigen Aufgabe der Deutschen Mark gedrängt hat und dies sicher auch als ein Mittel zur Eindämmung der deutschen Macht sah. Nun ist es Deutschland, das Griechenland, Spanien, Italien und selbst Frankreich aufdrängt, sich an der deutschen Tradition einer regelgebundenen sozialen Marktwirtschaft zu orientieren. Die Zukunft wird zeigen, ob diese Strategie aufgeht. Sicher ist nur, dass international der Erfolg oder Misserfolg Deutschland und der Bundesregierung zugeschrieben wird.

Fußnoten

1. Vgl. Youtube (2010), "Fear the Boom and BUST" a Hayek vs. Keynes Rap Anthem, <http://www.youtube.com/watch?v=d0nERTFo-Sk> (Zugriff: 02.01.2012) und Econ Stories (2011), Fight of the Century: Keynes vs. Hayek Round Two, in: Youtube 27.04.2011, <http://www.youtube.com/user/EconStories?feature=watch#p/c/A7727E2065F-DCBC7/2/GTQnarzmTOc> (Zugriff: 02.01.2012).
2. Vgl. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/merkantilismus.html> und Raeff, Marc (1983), *The Well-Ordered Police State: Social and Institutional Change Through Law in the Germanies and Russia: 1600-1800*, New Haven 1983, S. 1-34.
3. Vgl. Clark, Christopher (2006), *Iron Kingdom: The Rise and Downfall of Prussia: 1600-1947*, Cambridge 2006, S. 345-387.
4. Vgl. Feldman, Gerald (1993), *The Great Disorder: Politics, Economics, and Society in the German Inflation: 1914-1924*, New York 1993.
5. Vgl. Tooze, Adam (2006), *Wages of Destruction: The Making and Breaking of the Nazi Economy*, New York 2006, S. 644-649.
6. Vgl. Lüder Gerken (1994), *Die Freiheit des Menschen in Liberalismus, Ordoliberalismus und Wohlfahrtsökonomik*, in: Gerhard Schick (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus*, Berlin 2003, S. 45 f.
7. Vgl. Eucken, Walter (1952), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 7. Auflage, Stuttgart 2004.
8. Vgl. Gross, Stephen (2009), Why German leaders are reluctant to pursue a Usstyle fiscal stimulus, *History News Network* 12. Januar 2009, <http://hnn.us/articles/59445.html>, (Zugriff: 27.09.2011).
9. Watt, Nicholas; Seager, Ashley; Elliott, Larry (2008), Brown's VAT cut just Crass Keynesianism, say Germans, in: *The Guardian* 11.12.2008, <http://www.guardian.co.uk/world/2008/dec/11/germany-gordon-brown>, (Zugriff: 27.09.2011); *Spiegel Online International* (2008), German Government 'has to step into the Breach', 24.11.2008, <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,592422,00.html>, (Zugriff: 27.09.2011).
10. Vgl. *Foreign Policy Magazine* (2011), *The Wisdom of the smart Crowd*, Dezember 2011, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/11/28/the_wisdom_of_the_smart_crowd, (Zugriff: 02.12.2011).
11. In seiner State-of-the-Union-Rede hat US-Präsident Obama allerdings gezeigt, dass diese Sichtweise auch in den USA prominent vertreten ist.
12. So lag das Umverteilungsvolumen im Krisenjahr 2009 bei 7,3 Mrd. Euro. Vgl. Bundesfinanzministerium (2010), *Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2009*, http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_92920/DE/BMF__Startseite/Publikationen/Monatsbericht_des_BMF/2010/02/analysen-und-berichte/b06-laenderfinanzausgleich/laenderfinanzausgleich.html#2, (Zugriff: 30.11.2011).
13. Vgl. FOCUS (2011), *Merkel ruft – die Spanier kommen*, in: FOCUS ONLINE 05.06.2011, http://www.focus.de/finanzen/news/sprachkurs-boom-merkel-ruft-die-spanier-kommen_aid_634172.html, (Zugriff: 30.11.2011).
14. Vgl. Sikorski, Radoslaw (2011), *I fear Germany's power less than her inactivity*, in: *The Financial Times*, 28.11.2011, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/b753cb42-19b3-11e1-ba5d-00144feabdc0.html>, (Zugriff: 28.11.2011).
15. Vgl. Stuchtey, Tim; Gummer, S. Chase (2011), *Global economic Imbalances and International security: perils and prospects*, AICGS Issue Brief 39, Mai 2011.
16. Vgl. *Foreign Policy* (2011), *The Wisdom of the Smart Crowd*, in: *Foreign Policy* Dezember 2011, http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/11/28/the_wisdom_of_the_smart_crowd?page=0,6, (Zugriff: 02.12.2011).
17. Vgl. *New York Times* (2012), *The Future Military: Your Budget Strategy*, in: *The New York Times* 02.01.2012, <http://www.nytimes.com/interactive/2012/01/02/us/you-cut-the-defense-budget.html?ref=us>, (Zugriff: 02.01.2012).
18. Vgl. Schäfers, Manfred (2011), *Nettokreditaufnahme sinkt auf 17,3 Milliarden Euro*, in: *FAZ.net*. 12.01.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/neuerschuldung-nettokreditaufnahme-sinkt-auf-17-3-milliarden-euro-11603567.html>, (Zugriff: 02.12.2011) und Peel, Quentin (2011), 'Crisis? What Crisis?' ask German consumers, *The Financial Times* 30.11.2011, <http://www.ft.com/cms/s/0/ed569f44-1b66-11e1-85f8-00144feabdc0.html>, (Zugriff: 02.12.2011).

Autoren

Dr. Tim Stuchtey ist Diplom-Volkswirt und geschäftsführender Direktor des Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) in Potsdam. Er ist zugleich Senior Fellow am American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) in Washington, D. C. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, der klassischen Ordnungspolitik und der Ökonomie der Sicherheit.

S. Chase Gummer, Ph.D. hat einen M.A. der School of Foreign Service, Georgetown University, und hat 2010 an der Georgetown University in Geschichtswissenschaften promoviert. Seine Dissertation behandelt die außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich vor dem ersten Weltkrieg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der internationalen Finanz- und Wirtschaftsgeschichte.

Danksagung

Das Projekt „The End of the Years of Plenty“ wurde gemeinsam mit dem AICGS durchgeführt und durch das Transatlantik-Programm der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland aus Mitteln des European Recovery Program (ERP) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMW) gefördert.



IMPRESSUM

Die Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS) gGmbH ist ein unabhängiges, überparteiliches und nicht-gewinnorientiertes wissenschaftliches Institut, das zu gesellschaftswissenschaftlichen Fragen ziviler Sicherheit forscht. Das BIGS publiziert seine Forschungsergebnisse und vermittelt diese in Veranstaltungen an eine interessierte Öffentlichkeit. Es entstand im Frühjahr 2010 in Potsdam unter der Beteiligung der Universität Potsdam und ihrer UP Transfer GmbH sowie der Unternehmen EADS, IABG und Rolls-Royce. Es wird vom Land Brandenburg gefördert. Alle Aussagen und Meinungsäußerungen in diesem Papier liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors bzw. der Autoren.

Autoren:

Dr. Tim H. Stuchtey und Dr. S. Chase Gummer

Titel:

**Deutschlands Erfolg zu Zeiten der Eurokrise:
Auf Kosten der anderen oder einfach besser als der Rest?**

Herausgeber:

**Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH
Dr. Tim H. Stuchtey (V.i.S.d.P.)**

ISSN 2191-6756

Weitere Informationen über die Veröffentlichungen des BIGS befinden sich auf der Webseite des Instituts:

www.bigs-potsdam.org

Copyright 2012 © Brandenburgisches Institut für Gesellschaft und Sicherheit gGmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion, Speicherung oder Übertragung (online oder offline) des Inhalts der vorliegenden Publikation ist nur im Rahmen des privaten Gebrauchs gestattet. Kontaktieren Sie uns bitte, bevor Sie die Inhalte darüber hinaus verwenden.



Geschäftsführender Direktor: Dr. Tim H. Stuchtey
Rudolf-Breitscheid-Straße 178 · 14482 Potsdam

Tel.: +49-331-704406-0 · Fax: +49-331-704406-19 · info@bigs-potsdam.org · www.bigs-potsdam.org